Dok. 7

P r o t o k o l l

über die Sitzung des Parteivorstandes am 5.9.1946.

Anwesend: Parteivorstand	Vorsitz:	Gen. Schärf
		" Afritsch
		" Hackenberg
		" Koref (zeitweise
		" Krones
		" Maisel
		" Popp
		" Proft
		" Proksch
		" Scharf
		" Speiser
		" Stika
		" Strasser
Kontrolle:		" Honay
		" Kostroun
		" Mantler
		" Mentasti
		" Rauscher
		" Widmayer
		" Brachmann
zugezogen:		" Frenzel
		" Pollak
		" Pittermann
		" Migsch
		" Deutsch
		" Probst
entschuldigt:		" Seitz) krank
		" Helmer)
		" Jochmann Urlaub
		" Moik Delegation

T a g e s o r d n u n g

1. Städtebund
2. Bericht des Sekretariats
3. Wiedergutmachung
4. Wirtschaftl. Ministerkomitee
5. Bericht aus Paris
6. Parteitag
7. Presse und Betriebssekretariat
8. Fürsorge-Organisation
9. Bericht aus Nieder-Österreich
10. Allfälliges

./.

4. Wirtschaftliches Ministerkomitee

Gen. Rauscher: Neben dem Brotpreis für Wien und Nieder-Österreich sind im wirtschaftlichen Ministerkomitee folgende wichtige Fragen aufgeworfen worden. Die Gewerkschaft schliesst mit der Sowjet-Verwaltung Verträge ab. Von bürgerlicher Seite her wurde dies beanständet, da die Gewerkschaft damit die Sowjet-Verwaltung als Eigentümer dieser Betriebe anerkennen und Präjudizien schafft.

An der Diskussion beteiligen sich Gen. Schärf, Mantler, Pittermann Maisel. Es wird festgestellt, dass ein Kollektiv-Vertrag, oder ein Betriebsvertrag mit der Eigentumsfrage überhaupt nicht im Zusammenhang gebracht werden kann, dass der Arbeiter mit dem verhandeln muss, der effektiv im Besitz des Betriebes ist. Wenn unsere Gewerkschaftler dies ablehnen würden, würde die KP abschliessen und überdies wir die Berechtigung verlieren, als Vertreter der Betriebsarbeiterschaft in diesen Betrieben aufzutreten.

Gen. Pittermann verweist ferner auf einen Fall bei der D.D.S.G., wo die Gewerkschaft gleichfalls in eine schwierige Lage gebracht wurde. Ein Teil des Betriebes ist von den Russen besetzt und die Russen haben unter der Belegschaft Arbeitskräfte angeworben. Von der anderen Seite her wurde jedoch ausgesprochen, dass, wer bei den Russen Arbeit annimmt, alle Berechtigungen, die aus der Dienstordnung der D.D.S.G. erfliessen, verliert. Man muss sich hüten, die Gewerkschaft in Auseinandersetzungen über deutsches Eigentum und dergleichen hineinzuziehen.

Gen. Maisel berichtet über den Ausgang der Betriebsratswahlen, bei der Rohöl A.G.

Dem wirtschaftlichen Ministerkomitee liegen die Anträge auf Lohnerhöhungen bei den Banken vor. Die zehn grossen Aktien-Banken sehen eine Erhöhung des Bruttolohnes von 2 - 2o % vor, einen 12 1/2% Mehrarbeitungszuschlag für die 43 - 51. Stunde, sowie die Übernahme der Lohn- und Einkommensteuer durch den Dienstgeber vor. Weitere Verbesserungen sind Mindestlöhne 18o S, Verbesserung der Erziehungsbeiträge, Überstundenvergütung, Regelung der Arbeitszeit etz. Die Privatbanken sehen lediglich eine Erhöhung des Brutto-Lohnes um 7o - 1oo S vor.

Antrag

Gen. Rauscher beantragt, die Zustimmung zu den Vorschlägen der A.G. Banken zu verweigern, respektive auch diesen Betrieben nur einer Gehalterhöhung wie bei den Privatbanken zuzustimmen. Wendet sich gegen die indirekte Form der Lohnerhöhung durch die Übernahme der Lohn- und Einkommensteuer, da dies insbesonders den höheren Gehaltsstufen zugute kommt.

An der Diskussion beteiligen sich Gen. Maisel, welcher dafür spricht, den Antrag der Banken, und zwar der A.G. Banken positiv zu erledigen. Die Form der Bezahlung der Steuer durch den Unternehmer ist nicht neu, sie besteht bei Banken und Versicherungen schon seit 3o Jahren und wird als altes wiedererworbenes Recht betrachtet.

./. 235

Gen. Krones wendet sich gegen die Vorschläge der A.G.Banken. Kann sich mit der Taktik, die Maisel charakterisiert hat, dass jede Gewerkschaft das macht was sie im Stande ist durchzusetzen, nicht einverstanden erklären. Verweist, wie die Privilegierung verschiedener Angestelltengruppen zu einer Zerreissung der Arbeiter und Angestelltenschaft führt. Da es nicht möglich ist, dass Lohnsteuer und Einkommensteuer für alle Arbeiter- und Angestelltengruppen vom Dienstgeber übernommen werden, spricht sie sich dafür aus, mit den Gewerkschaften zu verhandeln und darauf zu drängen, dass auch bei den A.G. Banken effektive Lohnerhöhungen durch die Festsetzung ehrlicher Lohnsummen ~~durch die Festsetzung ehrlicher Lohnsummen~~ durchgeführt werden.

Antrag

Gen. Mantler glaubt nicht, dass es möglich ist eine einheitliche Lohnpolitik durchzuführen. Es gibt immer wieder Verschiedenheiten in den Berufen und Möglichkeiten. Man soll dem Gewerkschaftsbund nicht vorgreifen.

Antrag: Gen. Rauscher Die Minister unserer Partei sollen verpflichtet werden, im wirtschaftlichen Ministerkomitee nur Lohnerhöhungen wie bei den Privatbanken zuzustimmen.
Gen. Krones tritt dem Antrag Rauscher bei.

Beschluss Angenommen.

Gen. Schärf stellt auf einen Einwurf Mantler hin fest, dass es sich um Direktiven die die Partei ihren Ministern gibt und keinesfalls um Eingriffe in die Rechte der Gewerkschaft handelt.

Antrag Über diese Frage soll mit den Gewerkschaften verhandelt werden. Als Delegierte der Partei werden Gen. Rauscher und Krones nominiert.

Beschluss Angenommen.

5. Bericht aus Paris

Gen. Schärf berichtet über die Internationale Sozialisten-Konferenz und den Parteitag der SP Frankreichs.
Die Internationale Sozialisten-Konferenz war dem Problem Spaniens gewidmet. Nach den Berichten wurde daran gezweifelt, ob es in Spanien noch Widerstandselemente gibt, die zu einem Sturz des Francoregimes führen könnten. Eine bewaffnete Intervention gegen Franco-Spanien würde mit Wahrscheinlichkeit weder der SP noch der KP nützen, sondern auf der Pyrenäen-Halbinsel eine Position für eine Grossmacht schaffen.
Es wurde ein Hilfskomitee für spanische Freiheitskämpfer gegründet und ein ständiger Spanienausschuss gebildet. In das Hilfskomitee ist vorläufig von uns Gen. Koref nominiert worden.

Gen. Krones macht in Abwesenheit von Gen. Deutsch darauf aufmerksam, dass er Interesse an der Teilnahme in diesem Hilfskomitee hätte, da er einen Bund-der Freunde des Republikanischen Spaniens-hier ins Leben ruft.

Gen. Scharf berichtet über eine Aussprache mit einer Vertretung von Rot-Spaniern in Wien, die ~~er mit~~ Gen. Deutsch in Verbindung gebracht hat. Es wurde abgesprochen, dass Gen. Deutsch eine Gesellschaft - der Freunde des Republikanischen Spaniens - unter

O Kr VI

Dok 8 X

P r o t o k o l l

über die Beschlüsse in den Parteienverhandlungen zwischen Vertretern der ÖVP und der SPÖ am 8. und 11. Jänner 1947 in der Villa des Herrn Bundespräsidenten Dr. Karl Renner, Wien 19., Himmelstr. 26

Vorsitzender : Bundespräsident Dr. Karl R e n n e r

Vertreter der ÖVP : Bundeskanzler Dr. h.c. Ing. Leopold Figl,
Bundesminister Dr. Felix Hurdes,
Präsident Ing. Julius Raab,
Bundesminister Lois Weinberger
(und am 11.1.1947 Bundesminister Dr. Krauland)

Vertreter der SPÖ : Vizekanzler Dr. Adolf Scharf,
Bundesminister Oskar Helmer,
NR Vizebürgermeister Speiser,
NR Dr. Bruno Pittermann,
NR Gabriele Proft (nur am 8.1.1947)
(am 11.1.1947 weiters Präsident Johann Böhm
und Staatssekretär a.D. Dir. Andreas Korp)

T a g e s o r d n u n g

1.) Veränderungen in der Regierung und Kompetenzabgrenzungen,
2.) Verhältnis der Parteien,
3.) Allgemeine Wirtschaftspolitik und Komplex Minister Dr. Krauland,
4.) Wirtschaftspolitik im Besonderen,
5.) Finanzpolitik,
6.) Sozialpolitik, Gewerkschaftsbund,
7.) Sonstige Fragen.

B e s c h l ü s s e

Zu Punkt 1.):

Seitens der SPÖ wird für das Ernährungsministerium an Stelle des Herrn Bundesminister Dr. Frenzel Herr Dir. S a g m e i s t e r und für Herrn Staatssekretär Rauscher Herr Präsident M a n t l e r namhaft gemacht.

Die ÖVP erklärt, dass auf Grund der geltend gemachten Kompetenzschwierigkeiten, die sich bei Herrn Bundesminister Weinberger in seiner Stellung als Vizebürgermeister der Stadt Wien ergeben, an Stelle des Herrn Bundesminister Weinberger Herr Nationalrat A l t e n b u r g e r namhaft gemacht wird.

Ferner wurde vereinbart :

Die Zuständigkeit des Ernährungsministeriums bleibt wie bisher, jedoch gehören dazu die Lebensmittel aus der UNRRA und die Beschaffung der Lebensmittel aus dem Ausland.
Die Beschaffung von anderen Industrieprodukten und Rohmaterialien gehört in die Kompetenz der zuständigen Wirtschaftsministerien.

Selbstverständlich bleiben die verfassungsmässigen Einschränkungen des Wirkungsbereiches des einzelnen Ministers gegenüber dem Ministerrat und dem Nationalrat gewahrt.

Im Bundesministerium für Inneres und im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ist mit den Staatssekretären das Einvernehmen herzustellen, widrigenfalls jeder Teil das Recht hat, die strittige Sache vor den Kanzler zu bringen.

Zu Punkt 2.)

Initiativ-Anträge der Abgeordneten werden in den Ausschüssen erst auf die Tagesordnung gesetzt nach Übereinkommen der Klubobmänner. Wird das Einvernehmen innerhalb von drei Wochen nicht erzielt, dann steht es dem Ausschussobmann frei, einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Persönliche Angriffe in der Öffentlichkeit, insbesonders in der Presse sind unbedingt zu unterlassen.

Zu Punkt 3.)

Das dritte Restitutionsgesetz wird auf das Parteivermögen 1934 ausgedehnt, insbesonders auch auf den "Vorwärts", wenn er ein solches Vermögen ist.

Zu Punkt 4.)

Öffentliche Mitteilungen durch Regierungsmitglieder über die Währungsfrage sind nur nach vorheriger Billigung durch den Kanzler und Vizekanzler abzugeben.

Das Gedächtnisprotokoll vom 30.November 1945 über die Währungsfragen wird sinngemäss weiter aufrecht erhalten.(Abschrift angeschlossen). Die Parteien verpflichten sich, bis spätestens Mitte Feber d.j. ein gemeinsam zu bildendes Komitee für Währungsfragen einzuberufen. (Von jeder Partei je drei Vertreter). Den Komitee-Sitzungen soll der Finanzminister und der Präsident der Nationalbank ständig zugezogen werden.

Zu Punkt 5.)

Kreditlenkungskommission und Generalrat der Nationalbank sollen proporzgemäss durch den Hauptausschuss bestellt werden, nicht unbedingt aus den Parlamentsmitgliedern.
Ein modus der Abberufung soll vorgesehen werden.
Nähere Formulierungen später.

Ausserdem wurde in einer Reihe von Fragen ein Einvernehmen hergestellt, ohne dass es zu einvernehmlichen Formulierungen kam. Die wichtigsten dieser besprochenen einvernehmlichen Regelungen sind :

Die von Bundesminister Dr. Krauland erlassene Verordnung über die Kompetenz für die Verwalterbestellung bei den Kinos wird zurückgezogen und auf jeden Fall bis zur Zurückziehung nicht angewendet. Über die Aufteilung der in Frage kommenden Kinos in Wien werden sofort Verhandlungen zwischen den zwei Parteien in Wien geführt. Vertreter der ÖVP ist Vizebürgermeister Minister Weinberger, der SPÖ Vizebürgermeister Speiser. Zu den Verhandlungen zieht jeder der beiden Genannten je einen Unterhändler bei. Die Verhandlungen sollten schnellstens zu einem Abschluss gebracht werden. Die von der SPÖ zur Sprache gebrachte Frage des Rudolfinerhauses wird auf "der Basis der Rechtslage einvernehmlich geregelt."

In der Frage der Elektrizitätswirtschaft besteht die Übereinstimmung, dass die Verstaatlichung ehestens abgeschlossen werden soll.

Zum Präsidenten des Rechnungshofes wird Altlandeshauptmann Dr. Schlegel ernannt. Über die Bestellung des Vizepräsidenten wird das Einvernehmen hergestellt.

Bei den Wirtschaftsverbänden soll auch die Vertretung der Wirtschaftskammern eingebaut werden.
Es ist gedacht, dass die Vertretung folgendermassen zusammengestellt wird :

Landeswirtschaftskammer	6 Vertreter, davon 1 Vertreter des Arbeitsbauern
Arbeiterkammer	6 Vertreter wie bisher, davon auf jeden Fall 1 Vertreter der ÖVP
Wirtschaftskammer	6 Vertreter, davon 1 Vertreter der Genossenschaften und 1 weiterer sozialistischer Vertr.

In der Holzwirtschaftsstelle soll eine ähnliche Institution geschaffen werden

In der Preis - und Lohnfrage wird ein Verhandlungs-Komitee bestellt, dem die zuständigen Minister, Dr. Krauland, Helmer und Maisel zuzuziehen sind. Die Genannten haben mit Staatssekretär Mantler zusammen die Vorbesprechungen für Verhandlungen des Komitees zu führen.

Präsident Böhm erklärt sich bereit, mit zwei Vertretern der ÖVP strittige Fragen des Gewerkschaftsbundes zu besprechen.

Ausserdem wird vereinbart, dass Minister Maisel und Minister Übeleis mit je zwei Vertretern der ÖVP Personalfragen besprechen, die zum Gegenstand von Beschwerden gemacht wurden. Das Akteneinsichtsrecht des Vizebürgermeisters Weinberger wird grundsätzlich neuerdings festgelegt.
Die Art, wie es durchgeführt wird, wird zwischen Vizebürgermeister Speiser und Weinberger festgelegt. Wenn zwischen den Genannten keine Einigung erzielt wird, so wird sich mit der Frage das Parteienkomitee neuerdings beschäftigen.

, den 23. Juni 1947.

Dok 9

Lieber Freund !

Nach Einsicht in das Exposé über die Preispolitik der Bundesregierung gebe ich Dir dasselbe in der Anlage dankend zurück.

Die Stellungnahme Deines Ministeriums zu den Ausführungen des Herrn Dr. N e m s c h a k vom österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung bestätigt voll und ganz meine Haltung in dieser Frage und die Darstellung, die ich Dir mit Schreiben vom 2.ds. gegeben habe. Ein Vorgehen,wie es jetzt vom Industriellenbund von Herrn Prof. Dobretsberger und wesentlich auch von Dr. Nemschak befürwortet wird, begünstigt einseitig die Banken, die Industrie und die Landwirtschaft zu Lasten der Arbeiter und Angestellten. Darüber hinaus bleibt das Problem eines ausgeglichenen Budget völlig offen, da jede solche Preisauftriebsbewegung, deren Tempo und Ausmaß heute niemand wirklich abschätzen kann, ungeheuere Lücken im Haushalt des Arbeiters und Angestellten wie auch des Staates reißen muß.
Die erwartete Belebung der Wirtschaft bleibt aber nach wie vor problematisch. Es kann niemand behaupten, daß bei solchen Preisentwicklungen und einem nach wie vor höchst theoretischen Geldwert die Besitzer von Sachwerten diese leichter und freudiger abgeben werden.

Eine Stabilisierung läßt sich vernünftigerweise nur durch starke Verringerung des Geldumlaufes erzielen. Bei dem jetzt in Überlegung stehenden Ausmaß dieser Verringerung würden die Besitzer von Banknoten, Konten u. Sparguthaben auch nicht stärker getroffen werden, als bei dieser so fraglichen Hinaufsetzung der Preise und Löhne. Prof.Dobretsberger gibt beispielsweise eine notwendige Erhöhung auf das 5-fache an, was ja praktisch einer Entwertung aller Spareinlagen, Konten und Banknoten auf ein Fünftel gleichkommt.

Das von Herrn Nemschak gemeldete Einvernehmen der Kommis-

sion, in der unser Genosse Wirlandner sitzt, ist übrigens nach Aussage Wirlandners nicht erreicht. Man ist sich wohl einig darüber, daß eine Stabilisierung einerseits und eine Lohn- und Preisregelung anderseits nötig ist, man hat sich aber dort nicht über das " Wie " geeinigt.

Wie Du weißt, ist inzwischen vom Finanzministerium ein Vorschlag ausgearbeitet worden, zu dem ich 100 %ig stehe und auf Grund dessen bei den Alliierten rückgefragt wurde. Vorläufig ist der Bescheid noch ausständig. Wenn uns dieser Weg von den Alliierten verwehrt wird, dann allerdings müssen wir uns einen anderen überlegen, wobei jeder andere mehr oder weniger diese Gefahr in sich birgt, die von Deinem Ministerium in der Zusammenfassung des Exposés angedeutet wird.

Für Deine Information sage ich Dir herzlichen Dank und grüße Dich bestens.

1 Beilage

Herrn

Bundesminister Oskar H e l m e r ,
Bundesministerium für Inneres,

I., Herrengasse 7.

P r e i s e und L ö h n e .

1.) Die Preisentwicklung in Österreich.

Die Preise von 1937 wurden durch die Umrechnung in die Reichsmarkwährung im Jahr 1938 um ein Drittel gesenkt. Nach Kriegsende zeigten sich starke Auftriebstendenzen, die hervorgerufen wurden durch:

a) Latenter Preisauftrieb während des Krieges (Preisstopp, straffe Bewirtschaftung).
b) Verschärfung der Mangellage nach dem Krieg (Zerstörungen, Plünderungen, Demontagen).
c) Besatzungskosten (bevorzugte Belieferung der Besatzungsmächte).
d) Erhöhung der Produktionskosten nach dem Kriege (Abbau der reichsdeutschen Preisstützungen, Handarbeit statt Maschinarbeit).
e) Verschiebung der realen Austauschrelationen im österreichischen Außenhandel. (Die Preise der österreichischen Einfuhrwaren - Rohstoffe, Lebensmittel, Bekleidung - sind stärker gestiegen als die der österreichischen Ausfuhr-Fertigwaren).

2.) Preispolitik.

Oberste Preisbehörde im Bundesministerium für Inneres. Grundsätzliches Festhalten am Preisstopp (1.4.1945). Die Zahl der bewilligten Einzelpreiserhöhungen seit Beginn "der Überwachung" beträgt 600.

Förderung der inländischen Produktion, auch wenn Grenzproduktion.

3.) Löhne.

Zentrallohnkommission. Vorsitz BM.f.soz.Verw. Bis vor kurzem Lohnstopp. Die offenkundigen Preissteigerungen erzwingen eine Anpassung der Löhne.

Die Bereitwilligkeit des Unternehmers zu Lohnerhöhungen ist relativ groß, da diese wieder den Anlaß zur Preissteigerung

abgeben. Es ist daher eine Abschwächung dieser Bereitwilligkeit anzustreben, was dadurch zu erreichen wäre, daß die Aufrechenbarkeit der Lohnerhöhungen auf den Preis bei größeren Erhöhungen nur zu einem geringeren Prozentsatz erfolgen darf.

4.) Entwicklung der Grundsätze für die Festsetzung neuer Lohn- und Preisverhältnisse.

a) Oberste Grenze des inländischen Preisniveaus.

Da mit fortschreitender Normalisierung der Nationalwirtschaften mit einem Rückgang der Welthandelspreise zu rechnen ist, darf das Inlandspreisniveau von vorneherein nicht an diese angepaßt werden, sondern muß ca. 25 - 30% darunter fixiert werden. Damit werden einerseits Preisstützungen erübrigt und andererseits wird die österreichische Wirtschaft nicht sofort in die zu erwartende Depression der Weltwirtschaft hineingezogen.
Schätzungsweise steht das Welthandelspreisniveau heute auf dem Dreifachen vom Jahre 1937 und dürfte nach und nach auf das Zweifache zurückgehen. Es wird aber nicht den Tiefstand von 1937 erreichen, sondern, wie z.B. aus der Entwicklung der Getreidepreise geschlossen werden kann, beim zweifachen Preis des Jahres 1937 stehen bleiben. Für Österreich ergibt sich somit als oberste tragbare Grenze der doppelte Preis des Jahres 1938 (1945).

Bis zum Ausgleich ist ein möglichst großer Teil der Außenhandelsgewinne abzuschöpfen (80 bis 85%) und einer Ausgleichskasse zur Verbilligung der Einfuhren zuzuführen.

In den Fällen, in denen ein Abweichen von den allgemeinen Normen unbedingt notwendig ist, z.B. Einschaltung der inländischen Grenzbetriebe, ist die Angelegenheit von den zuständigen Stellen der Planwirtschaftsstelle abzutreten, die allein von der allgemeinen Regel abgehen dürfte.

b) Die Preiserhöhungen sollen, soweit die individuelle Methode der Preiserhöhung nicht ausreicht, auf der Basis der Gruppenpreise erfolgen. Die Einschaltung der neu festgesetzten Preise muß streng überwacht werden.

c) Organ.

Bei Aufrechterhaltung der Einrichtungen der Preiskontrolle im Innenministerium und der Zentrallohnkommission im Min. f.soz.Verw. soll zwischen den beiden Stellen ein inoffizielles Organ von Experten zur Zusammenarbeit geschaffen werden. Ein Ausbau der Preisüberwachungsstelle könnte Hand in Hand mit der Bewirtschaftungsstelle gehen.

5.) Bewirtschaftung.

Zur Deckung des vordringlichsten Bedarfes an Gebrauchsartikeln muß eine besonders strenge Bewirtschaftung dieser erfolgen. Hier ist auf eine möglichst weitgehende Ausdehnung des Machtbereiches des Bewirtschaftungsorganes Wert zu legen, wie überhaupt getrachtet werden muß, im Zuge dieser Maßnahmen die Hindernisse der Demarkationslinie zu überwinden und die Schließung der Bundesgrenzen zu erreichen.
Es muß auch scharf darauf geachtet werden, daß im Bewirtschaftungssystem in keinem Fall eine Lücke entsteht, da die riesig aufgeblähte Geldmenge, die sich in Händen weniger befindet, sofort die Anlagegelegenheit ergreifen wird, um sich ins Realvermögen zu flüchten. An Lockerungen darf äußersten Falles nach der Stabilisierung der Währung und der dadurch erfolgten Abschöpfung des Geldüberhanges gedacht werden.

Dok 10

Überbrückungsmaßnahmen in der Preis- und Lohnpolitik.

Jede geordnete Preis- und Lohnpolitik ist nur nach Durchführung einer Währungsregelung, die eine namhafte Verminderung des jetzigen Geldumlaufes bringt, möglich. Es sind also alle Festlegungen für eine künftige Preis- und Lohnpolitik nur im Zusammenhang mit einer Währungsreform zu treffen. Gegenwärtig stehen wir aber vor Verhältnissen im Preis- und Lohngebiet, die zu Sofortmaßnahmen zwingen. Die Währungsreform selbst ist aber in der Raschheit, wie sie diese Verhältnisse notwendig machen würden, nicht durchführbar. Wenn man sich auch sofort zu einer gesetzlichen Maßnahme entschließen könnte, so ist noch mit einem teilweisen Widerstand der Alliierten zu rechnen, der eine namhafte Verzögerung in der Durchführung bedeutet. Daraus ergibt sich die Überlegung, im Rahmen der gesamten Maßnahmen zur Regelung von Lohn, Preis und Währung eine für kurze Zeit wirksame Überbrückung auf dem Sektor Lohn und Preis zu schaffen.

Die teilweise Erhöhung der Agrarpreise im Juni dieses Jahres und die geforderten weiteren Erhöhungen für Agrarpreise, die als unaufschiebbar bezeichnet werden, haben die Labilität von Löhnen und Preisen ungemein verstärkt. Noch sind eine große Zahl von Lohnforderungen, die sich aus Preissteigerungen vor diesen Agrarpreiserhöhungen ergeben haben, nicht erledigt und schon kommt diese einschneidende Preismaßnahme dazu. Die bereits durchgeführten und die geforderten Agrarpreiserhöhungen ergeben zusammen eine sehr spürbare und alle Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger treffende Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Kein Zweifel, daß diese Erhöhung nur durchgeführt werden kann, wenn gleichzeitig Löhne und Gehälter in demselben Ausmaße erhöht werden.

Vorgeschlagen wird:

1.) Für den Fall der Erhöhung der Agrarpreise im jetzt geforderten Umfange sind die dadurch erhöhten Lebenshaltungskosten durch eine

alle Lohn- und Gehaltsempfänger berücksichtigende Lohn- und Gehaltserhöhung zu kompensieren. Diese Lohn- und Gehaltserhöhung, die man sich als getrennte Teuerungszulage oder als Erhöhung des Bruttolohnes denken kann und die je nach der zu treffenden Vereinbarung als eine perzentuelle Lohnerhöhung oder als ein Pauschalbetrag denkbar ist, müßte die Auswirkungen der Agrarpreiserhöhungen vom Juni und die jetzt geforderten Agrarpreiserhöhungen auf jeden Fall enthalten. Darüber hinaus bleibt zu überlegen, ob die Erhöhung der Lebenshaltungskosten durch die im folgenden zu behandelnden und aus diesen Lohn- und Gehaltserhöhungen zu erwartenden Tarifsteigerungen sowie Preissteigerungen der industriellen und gewerblichen Produkte wenigstens teilweise einkalkuliert werden soll.

2.) Als selbstverständlich hat zu gelten, daß jene Lohn- und Gehaltsforderungen, die vor dem Zeitpunkt der ersten Agrarpreiserhöhung bzw. deren Bekanntwerden im Juni dieses Jahres anhängig gemacht wurden, bereits vereinbart sind, aber administrativ noch nicht durchgeführt werden konnten, nunmehr in einem mit der unter 1.) genannten Lohn- und Gehaltsregelung erledigt werden.

3.) Die Ermittlung dieser unter 1.) genannten Lohn- und Gehaltsregelung soll zweckdienlich einer gemeinsamen Enquete der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Gewerkschaftsbund und Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft) überlassen bleiben. Dieser gemeinsame Vorschlag wäre den geltenden Bestimmungen gemäß der zentralen Lohnkommission vorzulegen und die Inkraftsetzung dieser Erhöhung gleichzeitig mit der Inkraftsetzung der Agrarpreise zu beschließen und zu verlautbaren.

4.) Diese Lohnerhöhungen verursachen natürlich Preiserhöhungen der gewerblichen und industriellen Produkte. Um lange Nachwirkungen und ein schwerfälliges Genehmigungsverfahren zu vermeiden, wird daher vorgeschlagen, der industriellen und gewerblichen Wirtschaft zu gestatten, die durch diese Lohnerhöhungen verursachten Preissteigerungen im Anhängeverfahren an die bestehenden gesetzlichen Preise anzuschließen gegen nachträgliche Kontrolle in den einzelnen Fällen.

5.) Die zuvor angeführten Lohn- und Gehaltserhöhungen verursachen natürlich auch eine namhafte Belastung des öffentlichen Haushaltes, vor allem der öffentlichen Dienste. Es erscheint ausgeschlossen, diese Belastung mit den normalen Mitteln des Budgets abzudecken.

Die Folge wird daher sein, daß die verschiedenen Tarife angemessen erhöht werden müssen. Dies erfordert Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften der Gemeinden, der Länder und für den Bund des Hauptausschusses. Die Durchführung wird natürlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

6.) Die o.a. Erhöhung der Lebenshaltungskosten durch Erhöhung der Agrarpreise macht nicht nur eine allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung notwendig, sondern erfordert auch eine allgemeine Erhöhung der Renten. Hiefür sind Bundesgesetze erforderlich, die in einer außerordentlichen Sitzung des Nationalrates verabschiedet werden müßten.

Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß unser derzeitiges Lohnsteuersystem einer neuerlichen Revision bedarf, wenn die zuvor angeführten Lohn- und Gehaltserhöhungen als Äquivalent der erhöhten Lebenshaltungskosten nicht zu einem bedeutenden Teile wieder weggesteuert werden sollen. Diese Revision wäre zweckmäßigerweise in der gleichen außerordentlichen Nationalratssitzung durchzuführen.

Mit diesen in den Punkten 1 bis 6 aufgezählten Maßnahmen kann jene Atempause geschaffen werden, die notwendig ist, um den Zeitpunkt der Währungsregelung ohne besondere Störungen in der Wirtschaft erwarten zu können. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß dies nur wenige Monate sein können, da ansonst bei der Höhe des Geldumlaufes in kurzer Zeit der gleiche Zustand wie heute erwartet werden muß. Alle Ungerechtigkeiten und Unausgeglichenheiten, die bei dieser rasch durchführbaren Maßnahme auf dem Lohn- und Preisgebiet erhalten bleiben, sollen unmittelbar mit oder nach der Währungsregelung richtiggestellt und ausgeglichen werden. Es ist dies eine Art Adjustierung unseres gesamten Lohn- und Preisgefüges, die erst möglich sein wird, wenn die Auswirkungen der Währungsregelung bekannt und auswertbar sind.

Wien, den 11. Juli 1947.

BUNDESMINISTER FÜR UNTERRICHT
DR. FELIX HURDES
GENERALSEKRETÄR
DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

KvVI

WIEN, den 16. März 1948.
I. KÄRNTNERSTRASSE 51

Dok 17

V e r t r a u l i c h !

Betrifft: Parteienverhandlungen mit der SPÖ.

Ich habe über die gestern, den 15.d.M. stattgefundene Parteienverhandlung eine Niederschrift erstellt, von welcher ich angeschlossen eine Ausfertigung zur gef. Kenntnis übermittle.

Mit den besten Grüssen!

Anlage.

Ergeht an:
Herrn Bundeskanzler Dr.h.c.Ing. Leopold F i g l ,
Herrn Minister a.D. Vizebürgermeister W e i n b e r g e r ,
Herrn Minister a.D. Präsident Ing.Julius R a a b .

N i e d e r s c h r i f t

über die Fortsetzung der Parteienbesprechungen mit Vertretern der SPÖ vom 15.3.1948 im Büro des Herrn Bundeskanzlers.
Beginn 18 Uhr, Ende 2o.45 Uhr.

Anwesend für die ÖVP: Figl, Weinberger, Raab, Hurdes,
für die SPÖ: Schärf, Helmer, Pittermann, Novy.

Bundeskanzler Figl schlägt vor, an Hand der schon in der letzten Besprechung vom 11.3.d.J. festgelegten Aufstellung die einzelnen Probleme durchzubesprechen und zu trachten, zu gemeinsamen Festlegungen zu kommen.

Wahltermin.

Es wurde die in der Niederschrift über die Besprechung vom 11.3.d.J. festgelegte Formulierung anerkannt: „ Nächster Wahltermin ist der im Gesetz vorgesehene, also Herbst 1949. Die Wahl kann nur dann zu einem anderen Zeitpunkte stattfinden, wenn dies einvernehmlich von beiden Parteien festgelegt wird.

Verfassungsrechtliche Sicherungen.

Es wurde zur Kenntnis genommen, dass vom Verfassungsdienst die erforderlichen Vorschläge bereits ausgearbeitet wurden. Im Einzelnen soll folgende Regelung erfolgen:

a) Verhinderung des Bundespräsidenten: Es ist eine Vertretung von einer oder mehreren Personen (am zweckmässigsten zwei, von jeder Partei eine) vorgesehen, die vom Hauptausschuss zu bestellen sind.
b) Verhinderung des Kanzlers und Vizekanzlers: Die Vertretung hat das jeweils älteste Regierungsmitglied zu übernehmen.
c) Verhinderung der drei Nationalratspräsidenten: Die Geschäfte übernimmt das jeweils älteste Nationalratsmitglied derjenigen Parteien, die im letzten Nationalratspräsidium vertreten waren.

Wehrmacht.

Es wurde die in der Niedershhrift über die Besprechung vom 11.3.1948 enthaltene Festsetzung übernommen, dass die Wehrmacht die alleinige Waffenträgerin neben der staatlichen Exekutive sein muss.

./.

Im Übrigen wurde die von Herrn Vizekanzler Schärf vorgelegte Regelung über die Wehrmacht zum Grossteil übernommen und zwar in folgendem Wortlaut: „ Die neu aufzustellende Wehrmacht wird ein überparteiliches Machtmittel des Staates sein. Sie soll einen milizartigen Charakter tragen, d.h.auf allgemeiner Wehrpflicht beruhen. Dem Soldaten soll bei zufriedenstellender Dienstleistung der Weg zur Offizierslaufbahn offen stehen.

Um den parteipolitischen neutralen Charakter des Heeres zu sichern, wird eine Kommission von vier Mitgliedern (von jeder Partei zwei) eingesetzt mit dem Auftrage, die Grundzüge der neuen Heeresorganisation zu entwerfen und Vorschläge in personeller Hinsicht zu machen. Schon bei diesen Vorbereitungsarbeiten für eine neue Wehrmacht ist darauf zu achten, dass einerseits die fachliche Leistung des Heeres gewährleistet und andrerseits sein neutraler, überparteilicher Charakter gesichert wird."

Es wurde vereinbart, dass über die angeschnittene Frage der Entpolitisierung der Wehrmacht noch verhandelt wird.

Wirtschaftspolitische Fragen.

Nach einer ausführlichen Wechselrede wurde zunächst folgendes festgelegt:

a) Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe:
Die vom Finanzminister vorgelegten Gesetzesentwürfe werden im morgigen Ministerrat unter der sogenannten „ formula Krauland" dem Parlament überwiesen.
Das Ergebnis der Vermögensabgabe und der Vermögenszuwachsabgabe soll die im Währungsschutzgesetz vorgesehene Verwendung finden. (zur Einlösung der 4o%igen Obligationen); für den Fall, dass sich Überschüsse ergeben sollten, sind sie zur Stützung der Währung oder Abstattung von Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag zu verwenden und dafür zu reservieren.
Es ist noch zu überlegen, ob nicht die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachsabgabe in der Form einer entsprechend erhöhten Vermögensabgabe wie sie nach den reichsdeutschen Bestimmungen vorgesehen war, eingehoben werden soll. (Vorschlag Raab).

./.

Der Finanzausschuss des Parlamentes wird zur Beratung (Generaldebatte) über die Gesetzesentwürfe betreffs Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe für den 31. März 1948 einberufen. Es ist geplant, die erwähnten Gesetze bis Ende Mai zu verabschieden.

b) Agrarpreise.
Vorläufig sollen die Preise für Milch und Eier neu festgesetzt werden (kostendeckende Preise). Hinsichtlich der Fleisch- und Körndlpreise sollen die entsprechenden Grundlagen zur Erreichung der kostendeckenden Preise durch die Kammern erstellt werden. Es soll die Frage studiert werden, in welcher Weise verhindert werden kann, dass eine Erhöhung der Fleisch- und Körndlpreise die Lebenskosten der wirtschaftlich schwächeren Konsumenten besonders belaste.

c) Preissenkungsaktion für Industrieartikel.
Es soll getrachtet werden, auch auf diesem Gebiete möglichst bald Massnahmen durchzuführen. Realisierbar erscheint eine Senkung der Eisenpreise. Es wird vor allem auch getrachtet werden, in die Textilwirtschaft Ordnung zu bringen und auf diesem Gebiet zu Preissenkungen zu kommen.

d) Wiederaufbaugesetz.
Dieses ist ehestens in Verhandlung zu nehmen. Vor allem ist zu klären, in welcher Weise die Kosten des Wiederaufbaues gedeckt werden sollen. Es wird anerkannt, dass an dem Mieterschutz (Kündigungsbestimmungen) festgehalten wird, dass jedoch bei entsprechendem Schutz für die Kleinwohnungen die Mietzinsfrage neu zu regeln ist, falls nicht auf das System der Wohnbausteuern übergegangen wird (sozialistischer Vorschlag).

e) Aufhebung des Preisstops bei Grundpreisen.
Es wird der schon in den Parteienverhandlungen vom 3.3.1947 festgelegte Grundsatz in Erinnerung gebracht, die Preisstopbestimmungen für den Realbesitz aufzuheben. Die Vertreter der SPÖ vertreten den Standpunkt, dass gleichzeitig auch eine Aufhebung der Einheitswerte für den Realbesitz erforderlich sei.

./.

f) Nationalbank.

Bei der geplanten Änderung der Statuten der Nationalbank sollen folgende Grundsätze berücksichtigt werden:
Die Nationalbank ist ein selbständiges Institut unter Aufsicht des Staates.
Im Generalrat sollen die Kommunisten ausgeschaltet werden.
Die Berufung in den Generalrat erfolgt durch den Hauptausschuss (Vorschlag Schärf) und zwar in dem Verhältnis 5 ÖVP-Mitglieder und 4 SPÖ-Mitglieder.

Nächste Sitzung.

Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 16d.M. , 18 Uhr statt. Sie soll sich hauptsächlich mit den wirtschaftlichen Fragen beschäftigen. Zu diesem Zwecke sollen der Sitzung die Bundesminister Kolb und Krauland sowie Staatssekretär Mantler zugezogen werden.

Expediert am:

DOK 12

V.,den 23.September 48.
xxxxxxxxxxx
xxxxxxxxxxxxxxx
Rechte Wienzeile 97;
Tel.: B 29-510,Kl.232.

Lieber Freund !

Unser Freund Adolf hat mir von Deinem letzten Brief Bescheid gegeben, der den Sorgen Ausdruck gibt, die man in London über unsere innerpolitische Entwicklung hat. Ich habe Dir darüber ja mit meinem Brief vom 2.ds. eine Andeutung gemacht. Hoffentlich hast Du ihn bekommen; Antwort erreichte mich bisher noch keine. Dazu möchte ich, um eine richtige Information in London sicherzustellen, noch einige Worte zusätzlich zu dem, was Du aus den Zeitungen entnehmen kannst, sagen:

Wir haben uns seit mehr als einem Jahr redlich bemüht, die soziale Ruhe im Lande zu halten. Wir wissen sehr genau, daß das der wichtigste Beitrag sowohl zum Durchhalten als auch zum Aufbau ist. Auch die neue von uns erzwungene Lohnregelung dient gerade dieser Aufgabe. Eine solche Regelung war für Anfang Herbst vorauszusehen gewesen, den letzten Anstoß haben die Agrarpreisforderungen anläßlich der heurigen Ernte gegeben.

Voraussetzung einer sozialen Ruhe ist auch bei uns trotz allem politischen Zwange eine halbwegs gerechte Verteilung des Sozialproduktes. Durch das Lohn- und Preisabkommen und das Währungsschutzgesetz vom vergangenen Jahre, die ja, wie Du weißt, unser Werk waren, ist uns das ja auch in beträchtlichem Ausmaße gelungen. Unter dem Eindruck des Währungsschutzgesetzes haben wir dann eine Preissenkungsaktion starten können, die die nach dem vorjährigen Lohn- und Preisabkommen eingetretene Steigerung der Lebenshaltungskosten stoppte und im Laufe des Frühjahres sogar etwas rückläufig gestaltete. Den Erfolg konnten ja alle, die im Juni in Wien waren, sehen. Trotzdem war aber doch eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der Lebenshaltung eingetreten, während

Herrn
Legationsrat Dr.Walter WODAK,
Österr.Gesandtschaft,
L o n d o n.

die Löhne auf dem Niveau des vorjährigen Lohn- und Preisabkommens stehenblieben. Die Gegenseite hat in den letzten Monaten begonnen, über alle Stränge zu schlagen. Die Bauern vor allem drohten, nichts mehr abzuliefern, wenn nicht die Agrarpreise namhaft erhöht würden. So ist es im Frühjahr zu einer Vereinbarung gekommen, wonach für den Produzenten der Milchpreis verdoppelt wurde. Um die Verbraucher nicht zu belasten, griff man zur Subvention, die man in den Hilfsfonds suchte, die sich aus den Schilling-Erlösen für die verschiedenen Dollarhilfen gebildet hatten. Diese Milchpreisstützung war aber nur bis Ende September befristet worden. Knapp vor der Ernte mußte man unter Druck, den Agrariern auch für die übrigen Agrarpreise - Getreide, Kartoffel und Fleisch - Erhöhungen zugestehen. Wieder griff man zur Subvention. Bei Getreide und Kartoffel für die gesamte Ernte 1948/49. Bei Fleisch wollte man für einen Teil der Bevölkerung (bis zu einem Einkommen von S 1.000.- monatlich) die Preiserhöhung für ein Jahr durch Stützung abgelten. Abgesehen von der Schwierigkeit, bei den Amerikanern die Bewilligung für diese konsumtive Verwendung der Fondsmittel zu erlangen, erwies sich dann die geplante teilweise Fleischpreisstützung als administrativ schwer oder gar nicht durchführbar.

Inzwischen war durch diese Agrarpreisregelung und noch mehr durch die zügellose Propaganda der Ö.V.P. für den Grauen Markt, die mit den Forderungen der Agrarier in einem ursächlichen Zusammenhang stand und die zusammen einen wirtschaftpolitischen Großangriff der Ö.V.P. darstellten, die von uns gestartete Preissenkungsaktion völlig zum Erliegen gekommen. Man konnte nicht weiter von Preissenkung reden, die von der Ö.V.P. bewußt sabotiert wurde, und die Arbeiter so wider besseres Wissen von berechtigten Forderungen zurückhalten. Hätten wir das getan, dann hätten wir ja bewußt unsere Leute der Demagogie der Kommunisten, die seit Monaten eine 25 %ige Lohnerhöhung predigten, in die Arme getrieben. So ist es gekommen, daß wir zur teilweisen Deckung der seit August 1947 gestiegenen Lebenshaltungskosten, zur Deckung der mit Ende September ablaufenden Milchpreisstützung und zur Deckung der Fleischpreiserhöhung, die sich aus der Undurchführbarkeit der teilweisen Fleischpreisverbilligung ergab, die Lohnforderungen stellten. Man hat sich dabei in dem möglichen Rahmen gehalten und nicht mehr

verlangt, als die inzwischen gebesserte industrielle Produktion zu leisten vermag. Natürlich hat die außenpolitische und auch die innerpolitische Situation uns dabei geholfen. FIGL hat noch durch seine wenig geschickte Rede dazu beigetragen, daß die Position der Ö.V.P. schwächer war. Der Abschluß, den wir vor wenigen Tagen gefunden, ist Dir ja aus der Zeitung bekannt. Wir haben sachlich gut abgeschnitten und damit für unsere Herbst- und Winterarbeit manche Schwierigkeit weggeräumt.

Durch die teilweise Abschaffung der Subventionen für die Lebensmittel aus der eigenen Produktion sind wir sowohl gegen unsere politischen Gegner als auch gegen eine eventuell veränderte Haltung der Amerikaner nach den amerikanischen Wahlen unabhängiger geworden. Wir müssen auch nicht fürchten, nächstes Jahr, wenn wir wahrscheinlich in einem Wahlkampfe stehen, durch größere Preisbewegungen im Gefolge der ablaufenden Subvention schwere Lohnkämpfe zu haben, die uns dann leicht in eine politisch ungünstige Situation bringen können. Es wird nächstes Jahr praktisch nur mehr die Getreidestützung zu übernehmen sein, die insgesamt für die heurige Ernte nur 100 Mill.S ausmacht und die sich bei der starken Einfuhrquote, die wir auch dann noch haben werden, nicht sehr bedeutend auf die Lebenshaltungskosten auswirken kann.

Von einer Unsicherheit oder einer Anfälligkeit für die demagogischen Forderungen der Kommunisten kann überhaupt nicht gesprochen werden. Niemand irgendwie Entscheidender in der Partei und auch nicht, wie ich aus der Erfahrung sagen muß, die Masse der Vertrauensleute ist für diese Idee anfällig. Du weißt ja, daß wir SCHARF und seine Gruppe völlig ausgeschaltet haben und uns jetzt daher viel leichter tun. Was wir getan haben, ist ganz bewußt geschehen und meiner vollen Überzeugung nach zum richtigen Augenblick. Wir werden das in den kommenden Monaten ebenso wohltuend spüren, wie wir alle vorangegangenen Maßnahmen auf wirtschaftspolitischem Gebiete heute zu unserem Vorteil empfinden. Mahnende Stimmen,

die Böses prophezeien, wird es natürlich immer geben. Vor allem hat natürlich die Ö.V.P. alles getan, um uns zu diskriminieren. Ihre Wut ist selbstverständlich groß gewesen, weil ihre egoistische Absicht, sich hinter unserem Rücken zu verbergen und dabei skrupellos ein Geschäft auf Kosten der breiten Masse zu machen, zunichte geworden ist. Die Meinung der Masse unserer Vertrauensmänner und Wähler ist, daß die Furcht vor der Volksdemokratie uns keineswegs dazu veranlassen darf, jeder egoistischen Quertreiberei der Ö.V.P. die Mauer zu machen. Gerade wenn wir diesen Eindruck vermeiden, dann werden wir die Einheit der Arbeiterschaft in Österreich erhalten und damit uns und Europa den besten Dienst erweisen. Die Linie ist klar, unsere Haltung ist fest und selbstbewußt und die Meinung der Partei diesbezüglich völlig einmütig.

Wenn sich etwa drüben unsere Genossen unter dem Eindruck der Ö.V.P.-Propaganda irremachen lassen, dann muß ich sagen, sitzt der Eindruck, den sie von uns haben, nicht sehr tief. Man müßte in der Internationale schon wissen, daß man uns weder mit den Franzosen noch mit den Ungarn und Tschechen vergleichen darf. Übrigens sind wir gegenüber unseren Genossen von draußen mehr und mehr skeptisch. Wir sehen wenig Unterstützung in Fragen, die uns sehr berühren. Nicht einmal in der leidigen Geschichte mit den Zeitungen in der Vorwärts-Druckerei kommen wir weiter. Gegen die konservativen Geschäftemacher scheinen sich unsere Freunde von der Labour-Party nicht durchzusetzen. Der Kontakt mit dem britischen Element ist nach wie vor schlecht und gar nicht zu vergleichen mit den Verbindungen, die wir zum amerikanischen und französischen Element haben. Was von der Interparlamentarischen Tagung berichtet wurde, ist auch nicht sehr ermutigend. Wir haben bisher getan,was wir konnten, um uns aus eigenen Kräften zu halten und können jedenfalls mit Stolz sagen, daß wir die Welt nie in diese Unruhe versetzt haben, wie das z.B. unsere französischen Freunde vermögen.

Mit diesen Bemerkungen zu unserer innerpolitischen Situation will ich für heute schließen. Vielleicht sehen wir uns doch bald wieder einmal. Ganz haben wir ja die Hoffnung auf die Fortsetzung der Staatsvertragsverhandlungen nicht aufgegeben.

Grüße mir Deine Gattin recht herzlich, der ich beste Gesundheit wünsche und sei auch Du von mir bestens gegrüßt. Ich will gerne hoffen, daß ich bald von Dir etwas höre.

Dein

Figl

1 Beilage:
Die neue Lohn-und Preisregelung.

London, am 5. Oktober 1948.

Lieber Freund!

Vielen Dank fuer Dein Schreiben vom 23.9., das ich sinngemaess verwerten werde. Du schreibst, dass "unsere Genossen hier unter dem Eindruck der O.V.P. Propaganda sich irremachen lassen". Davon habe ich nichts gemerkt und wuerde mich sehr dafuer interessieren, von Dir naeheres darueber zu hoeren. Als ich unseren Freund Adolf bat, Dich um eine genauere Darstellung der Situation zu ersuchen, geschah dies auf Grund einer Unterredung mit Beamten des Foreign Office, die offenkundig einseitig von der O.V.P informiert waren. Ich habe von dieser Tatsache auch Morgan Phillips und Denis Healey Mitteilung gemacht und von ihnen die Zusage erhalten, mich in meiner Aufgabe, diesen Einfluessen entgegenzutreten, zu unterstuetzen. Denis Healey hat den Vorschlag gemacht,einen Artikel fuer die "Tribune" schreiben zu lassen und mich diesbezueglich mit Michael Foot, dem Chefredakteur der "Tribune", in Verbindung gebracht. Auf Grund Deines Artikels kann ich ihn nun entsprechend informieren.

Was die Angelegenheit des "Vorwaerts" anbetrifft, so fuerchte ich, dass die Vorschlaege, die unsererseits gemacht wurden, nicht ganz gluecklich gewesen sind. Nachdem jetzt eine klare Linie von uns bezogen worden ist, hoffe ich, dass die Sache in absehbarer Zeit in Ordnung gebracht wird werden koennen.

Mit den besten Gruessen

Dein

Herrn
Ing. Karl Waldbrunner
Wien,V.,
Rechte Wienzeile 97

KvVI VY

0 A11 BKA

Dok 13

Das Bundesministerium für Finanzen hat anher mitgeteilt, daß an das Münzamt herangetreten wurde, die Nr. 25 der SPÖ-Wandzeitung "Inflation oder Vollbeschäftigung" anzuschlagen. Das Bundesministerium für Finanzen hat darauf hingewiesen, daß im Falle des Anschlages dieser Zeitung auch die Anschläge anderer Parteien gebracht werden müssten und ersucht um Weisung, was zu gesehehen hat.

Es erschiene eine Parteienvereinbarung zweckmäßig, daß sich die politischen Parteien in öffentlichen Ämtern, Staatsbetrieben usw. der politischen Propaganda enthalten.

Wien, am 9. Juni 1949.